

Rede von Matthias Bärwolff

Kürzungen bei der Förderung des Kinderschutzes und der Erziehungsberatung rückgängig machen - Personalausstattung verbessern

Zum Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 4/2428 -

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, auch für die PDS-Fraktion wie für alle Abgeordneten hier im Hohen Haus kann ich sagen, dass uns die Nachricht über den Fund des toten Säuglings in Sömmerda schwer getroffen hat. Ich denke, vor diesem Hintergrund sollte die Debatte zu diesem Thema durchaus sachlich laufen, da kann ich meinen Vorrednern zustimmen.

Zunächst einmal möchte ich positiv zur Kenntnis geben, dass der Minister die Kürzungen der Personalrichtlinie für die Kinderschutzdienste, Ehe- und Familien-, Erziehungs- und Lebensberatungsstellen zurückgenommen hat. Das finde ich durchaus mutig. Allerdings muss ich an dieser Stelle auch kritisch anmerken, dass ich mich frage, warum es erst so weit kommen musste, warum die Personalstellen bei den Kinderschutzdiensten erst reduziert wurden, warum die Landesregierung sich das vom Landkreistag bzw. vom Innenministerium hat gefallen lassen, zumal es auch noch im Ressort des Sozialministers war. Ich denke, in der Auswertung der Geschehnisse von Sömmerda - es steht mir nicht zu dem vorzugreifen - ist ganz deutlich, dass die Lücken im System, die es ja durchaus gibt - Sie hatten diese ja auch benannt, beispielsweise datenschutzrechtlichen Lücken -, im Sozialausschuss gründlich analysiert werden müssen und dass man dann schauen muss, wie man diese Lücken behebt. Für uns stellen die Thüringer Kinderschutzdienste einen wichtigen Pfeiler in einem Frühwarnsystem dar. Sie müssen unbedingt im Interesse der Betroffenen ausgebaut werden, da hier die Fachleute sitzen. Die hohe Qualität der Arbeit darf unter keinen Umständen noch weiter gefährdet werden. Dazu gehören aber auch Fortbildungsmaßnahmen für das Personal.

Wir als Linkspartei.PDS wollen das bestehende System erhalten und darüber hinaus ausbauen. Wir wollen eine integrierte Strategie aus Frühwarnsystem und den bestehenden Netzwerken der Erziehungs-, Ehe- und Lebensberatungsstellen sowie den Kinderschutzdiensten, damit dieses wirkungsvoll agieren kann. Die vielen Kinder aber, die tagtäglich von den Jugendämtern betreut werden, die Kinder, die auch durch die Jugendämter gerettet werden, finden häufig keine Erwähnung. Ich denke, an dieser Stelle muss man unbedingt den Kinderschützern in den Kinderschutzdiensten, aber auch den Kinderschützern in den Jugendämtern für ihre oftmals sehr schwierige und sehr heikle Arbeit danken, die sie leisten.

(Beifall im Hause)

Was wir brauchen, um uns diesem Thema zu nähern, wäre unter anderem eine Debatte über die Ursachen von Kindervernachlässigung und auch über die Ursachen von Misshandlungen und Vernachlässigungen. Dazu, meine Damen und Herren, darf ich Dr. Eulitz, den Leiter des Arbeitskreises "Gewalt gegen Kinder" der Landesärztekammer anführen, der von einer Sozialangst spricht, die unter den Eltern von heute grassiert. Es sei ganz einfach die Angst um den Arbeitsplatz, die Angst vor der Zukunft, das Nichtwissen, was morgen passiert. Für Kinder ist diese Angst unmittelbar spürbar. Die familiären Strukturen ändern sich und damit auch die so wichtigen Bezugssysteme für Kinder. Hier muss man ansetzen, um Vernachlässigung zu vermeiden. Denn viele Eltern haben eben jene so wichtige Familienfähigkeit oder Elternfähigkeit verloren oder noch gar nicht entwickelt. Das einfache Miteinandersprechen gehört in vielen Familien zur Seltenheit. Stattdessen werden die Kinder

vor den Fernseher gesetzt und bekommen Antworten auf Fragen, die sie nicht gestellt haben. Der Fernseher und die visuellen Medien überhaupt tragen zu dieser Problematik bei. Denn viele Kinder haben Entwicklungsstörungen gerade im Bereich der Sprache. Ein Fernsehgerät ist passiv, es lädt nur zum Konsumieren ein. Schuldzuweisungen sind der denkbar schlechteste Weg, dieses Problem zu diskutieren oder auch nur annähernd zu lösen. Stattdessen sollte man darüber nachdenken, wie man jungen Eltern in schwierigen Situationen helfen kann. Wie könnte beispielsweise eine aufsuchende Arbeit in Wohngebieten funktionieren? Wie können neue Nachbarschaftsbezüge entstehen? Wie kann das Soziale, wie können Menschen, wie kann das Zwischen in den Sozialräumen eine größere Rolle spielen? Wir diskutieren aber nicht nur über die Kinderschutzdienste im Allgemeinen - auch in den Jugendämtern sind die Situationen kompliziert. Wir können zwar die Gesetze verschärfen und den Jugendämtern noch mehr Druck machen, aber dies wird durch Kürzungen in den Verwaltungen immer wieder unterminiert. So stehen die Mitarbeiter in den Jugendämtern bereits jetzt unter immensem Druck. Wenn Geld in der Verwaltung gestrichen wird, passieren Fehler zwangsläufig. Das allerdings sollten wir nicht akzeptieren. Die PDS fordert, statt einer Kürzung der Leistung den Kinderschutz stärker als Gemeinschaftsaufgabe zwischen Jugendamt, Schule, Gesundheitseinrichtungen und anderen zu verstehen, und zwar allen Akteuren, die unmittelbar und mittelbar mit dem Kind in Verbindung stehen. Mit § 8 a des Kinderjugendhilfe- und Weiterentwicklungsgesetzes, das im Oktober 2005 in Kraft trat, hat man eine Grundlage für ein Frühwarnsystem gelegt. Diese Grundlage sollte genutzt werden, denn es braucht nicht ständig neuer Systeme und Programme, nein, wir fordern ein langfristiges und nachhaltig finanziertes Hilfenetzwerk und wir denken, dass dies eine bessere Variante ist, da sie die Akteure vor Ort, die täglich mit den Kindern und Eltern zu tun hat, einbindet. Wir müssen uns die Frage stellen, wie ein Frühwarnsystem aussehen kann, das nachhaltig wirkt und Kinder über einen langen Zeitraum begleitet. Was machen wir mit Kindern, die dem Jugendamt unbekannt sind? Wie kommen wir an die Eltern heran, die sich in schwierigen sozialen Lebenslagen befinden? Die Probleme beim Kinderschutz sind sehr vielfältig. Kinder werden kaum über längere Zeit vom Kindergarten bis zum Schuleintritt dem Arzt vorgestellt. Hier verpflichtende Untersuchungen zu verankern, bedeutet, dass das Kind schon frühzeitig einem Arzt vorgestellt wird und er die Entwicklung der Kinder bis zur Schule verfolgen kann. Wir könnten uns eine Regelung zu diesem Problem durchaus vorstellen, denn damit könnte ein großer Teil der Kinder erreicht werden, die wir derzeit nicht erreichen.

Nach Aussagen von Kinderärzten scheint das auch dringend geboten zu sein, denn die Probleme und Defizite der Kinder ließen sich durch frühe Therapien beheben. Vielfach beginnt es schon bei relativ unscheinbaren Erkrankungen. Ungesunde Ernährung, schlechte Zahngesundheit und Ähnliches sind an der Tagesordnung. Aber wir wollen keinen Generalverdacht gegen Eltern, die sich um ihre Kinder kümmern und dies mit viel Liebe und Zuneigung tun. Nein, es geht aber um diejenigen, die dazu leider nicht in der Lage sind. Wir müssen Eltern breite Unterstützungsangebote machen. Impfungen und Arztbesuche, die verpflichtend sind, könnten dazugehören. Vielleicht sollte man eine negative Untersuchungspflicht einführen, welche den Vorteil hätte, dass derjenige, der sich gegen eine solche Untersuchung wendet, aktiv werden muss und dies dem Jugendamt meldet.

Ein Frühwarnsystem muss aus Sicht der Linkspartei.PDS aber auch ganz unbedingt die Kita umfassen. Hier sind die meisten Kinder vor Ort, hier hat man leichten Zugang zu Eltern, und auf dem Land sind sie oft die einzigen Anlaufpunkte. Wenn man die Kitas zu Eltern-Kind-Zentren ausbaut und die Mittel einsetzt, die für die Elternakademie gedacht sind, denke ich, dass man schon einiges erreichen kann. Es besteht hier die Chance, neue soziale Räume zu etablieren. Kita muss mehr sein als ein Ort für Kinder, er muss ein Ort werden, wo Eltern

befähigt werden, mit Kindern umzugehen, ein Ort, wo Fachleute praktische Tipps in der Erziehung geben können und in schwierigen Situationen schnell Hilfe anbieten. Die Kita muss aus unserer Sicht ein Ort werden, an dem auch Eltern lernen können. Wir müssen den Begriff der Familie neu denken. Familie als der Ort, wo Menschen zusammenleben, gegenseitig Verantwortung füreinander übernehmen. Familie bedeutet Kinder, ja, aber es bedeutet eben auch Eltern, und auch hier muss ein Frühwarnsystem ansetzen. Wir müssen die Prozesse auch innerhalb der Familie unterstützen und die Familie nicht mit ihren Problemen alleinlassen. Aber neben der einzelnen Familie gibt es eben noch das einzelne Kind. Wir fordern seit Langem eine eigenständige Kinderpolitik. Kinderpolitik meint eine Politik, die das Kind im Zentrum hat, die das Kind begreift als eigenständiges Wesen mit Bedürfnissen, aber auch als eigenständiger Träger von Rechtsansprüchen. Eine Variante wäre, die Kindergrundrechte als Teil des Grundgesetzes zu machen, denn ein Recht, ein Grundrecht auf eine gewaltfreie Erziehung, ein Recht auf Bildung, aber eben auch ein Recht auf ärztliche Versorgung würden ganz andere Spielräume für die Politik aufmachen. Danke schön.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)